



# märkische linke

DIE ROTE ZEITUNG – DAS MEINUNGSMEDIUM FÜR DEN KREIS OSTPRIGNITZ-RUPPIN

Januar 2021 – [www.dielinke-opr.de](http://www.dielinke-opr.de)



## Gerade zu Weihnachten galt es, niemanden zu vergessen!

Die Landtagsabgeordneten Ronny Kretschmer und Thomas Domres, die Bundestagsabgeordnete Dr. Kirsten Tackmann und die Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE, Brandenburg, Anja Mayer, spendeten gemeinsam 850 Euro für die Menschen, die es zu Weihnachten am härtesten trifft: Obdachlose und vor häuslicher Gewalt Geflüchtete. Sie übergaben an die Obdachlosenunterkunft Groß Pankow Schlafsäcke, Decken und Lebensmittel. Die Frauenhäuser in Neuruppin und Wittenberge erhielten je 200 Euro. Die Übergabe der Sachspenden am Dienstag, den 22.12.2020, an die Obdachlosenunterkunft konnten die Politiker\*innen unter Beachtung der Infektionsschutzregeln persönlich vornehmen.

Sie nutzten den Termin auch, um sich mit

den Verantwortlichen über die aktuelle Situation der Obdachlosen in der Region auszutauschen. Auch im Jahr 2020 gab es, trotz des Lockdowns, viele Wohnungsräumungen und -kündigungen, obwohl diese eigentlich ausgesetzt werden sollten. Momentan ist die Obdachlosenunterkunft mit elf Personen besetzt.

Die Politiker\*innen zeigten sich beeindruckt vom Engagement der drei Mitarbeiterinnen Frau Schwarz, Frau Arnoldt und Frau Schmidt, die neben der Betreuung der Bewohner vor allem auch die soziale Beratung übernehmen. Auch Weihnachten waren sie in ständiger Bereitschaft, falls Notfälle auftreten sollten. Ohne ihre verständnisvollen Familien, betonten sie, wäre das nicht möglich.

*Christian Richter*

### DIE LINKE hilft!

Die Büros und Geschäftsstellen der Linkspartei bieten technische Möglichkeiten, die zu Hause oft fehlen. Auch unsere Abgeordneten bieten in ihren Wahlkreisbüros eine Homeschooling-Unterstützung an. Damit das Corona-gerecht möglich ist: Einfach per Telefon oder Mail einen Termin vereinbaren und sicher und kontaktlos eine Übergabe vereinbaren! Alles ganz unbürokratisch und kostenlos.

### Kleine Hilfe beim Homeschooling von: DIE LINKE.

**Neuruppin**  
Wahlkreisbüro Ronny Kretschmer, MdB  
und Kirsten Tackmann, MdB

**Kleine Hilfe beim Homeschooling von: DIE LINKE.**

**Anschrift:**  
Schnickestr. 13,  
16816 Neuruppin

**Angebot:**  
Drucken, Scannen,  
Kopieren

**Öffnungszeiten:**  
Nach Absprache  
per Mail

**Ansprechpartner:**  
Jenny Salzwedel  
[jenny.salzwedel@dielinke.de](mailto:jenny.salzwedel@dielinke.de)

## Mit Zuversicht, Mut und Haltung in das neue Jahr!

Das Jahr 2020 war nicht nur für den Kreisverband der LINKEN in OPR ein besonderes Jahr. Die Corona-Pandemie hat alle Teile der Gesellschaft fest im Griff. Ein normales Parteileben war so gut wie nicht möglich, und wenn es zu Veranstaltungen kam, dann waren diese meistens mit Einschränkungen verbunden oder mussten digital stattfinden. Gerade für eine Partei wie DIE LINKE, die gern das Gespräch mit den Menschen sucht, ihnen zuhört und ihre Probleme aus erster Hand hören möchte,

war diese Situation enorm schwierig.

Trotzdem haben die Fraktionen in den Kommunen und im Kreis versucht, mit ihren Anträgen und Beiträgen einen Teil dazu beizutragen, dass die Situation hier vor Ort in einem erträglichen Rahmen bleibt. So war es zum Beispiel unsere Fraktion in Neuruppin, die dafür stimmte, den Bürgerhaushalt einmalig auszusetzen und seine Mittel für einen kurzfristigen Rettungsfonds für kleine Geschäfte zur Verfügung zu stellen.

Trotz der schwierigen Situation freuen wir uns, dass die Mitgliederzahlen im Jahr 2020 weiterhin stabil geblieben sind. So begannen wir das Jahr mit 250 Mitgliedern und beendeten es mit der gleichen Zahl auch wieder.

Damit ist DIE LINKE auch im Jahr 2021 der mitgliederstärkste Kreisverband einer politischen Partei in OPR. Auch konnten wir unsere Mitgliedschaft weiter verjüngen und den Anteil der Frauen in der Partei erhöhen.

Fortsetzung auf Seite 2

2

#### Meinungen

#### Keine Lösung in Sicht

Fachkräftemangel nicht nur im Gesundheitswesen, aber wie weiter?

4

#### Kommunalpolitik

#### Kniefall des Kreistages

Holger Kippenhahn zum Kreishaushalt und Kreisumlage im Landkreis

5

#### Kommunalpolitik

#### Anja Mayer ist eine, die anpackt

Zwei Leben einer Landesvorsitzenden unter Corona-Bedingungen.

## Kommentar

**Armut bedroht immer mehr Menschen in Deutschland!**

Der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für das Jahr 2020 müsste eigentlich auch dem letzten verantwortlichen Politiker die Augen öffnen!

Hat doch DIE LINKE seit Jahren davor gewarnt, dass die Armut in Deutschland, wenn nicht radikal gegengesteuert wird, enorm zunehmen wird.

Und nun liegen die Zahlen auf dem Tisch: Im Jahr 2006 lag die Armutsquote schon bei kritikwürdigen 14%, nun ist sie im vergangenen Jahr aber auf 15,9% gestiegen. Das bedeutet, dass über 13 Millionen Menschen in unserem reichen Land arm sind. Diese Armut ist flächendeckend. Sie betrifft auch die wirtschaftlich starken Bundesländer wie Bayern, NRW, Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen. Die schlechteste Quote hat Bremen, wo jeder vierte zu den Armen gehört.

In NRW zählt der Ballungsraum Ruhrgebiet mit einer Armutsquote von 21,4% zur deutschlandweiten Problemregion.

Das Sozialministerium in Brandenburg musste einräumen, dass 2019 jeder fünfte Minderjährige armutsgefährdet war, in der Gruppe der 18 bis 25-jährigen sogar jeder Vierte. Allgemein sagt das Sozialministerium, dass 2019 15,2% aller Brandenburger akut von Armut bedroht waren. Besonders Armutsgefährdet sind in Brandenburg auch die Alleinerziehenden mit Kindern, deren Armutsquote auf erschreckende 45,5% angestiegen ist.

Und was unternimmt unsere Landesregierung, um gegenzusteuern? Außer heißen Worten bleibt da nicht viel übrig. Von einer Regierung unter SPD-Führung mit Beteiligung der Grünen kann man wohl eine sozialere Politik erwarten als diejenige, die Dietmar Woidke (SPD) und Ursula Nonnemacher (Grüne) an den Tag legen.

**Achim Müller**

**Jahrzehntelanger Fachkräftemangel und trotzdem keine Lösungen**

Corona hat das gesamte gesellschaftliche Leben verändert, ja auf den Kopf gestellt. Diese Krise brachte aber auch deutlich die Versäumnisse der Politik zum Ausdruck.

Ganz speziell wurde die Vernachlässigung der Nachwuchsausbildung im Gesundheitswesen deutlich. Der Fachkräftemangel betrifft alle Bundesländer von Nord bis Süd und Ost bis West. Aber auch in anderen Bereichen, vor allem in der Bildung und Erziehung, traten die Defizite deutlich zu Tage.

**Bundesregierung hat nichts getan**

Bereits kurz nach Amtsantritt forderte Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU), dass unbedingt 25.000 Pflegekräfte eingestellt werden müssen. Bildungsministerin Anja Karliczek (CDU) beklagte den Mangel von 35.000 Lehrern und 100.000 Erziehern. Dieser Personalmangel war im Corona-Jahr 2020 deutlich zu spüren.

Kliniken/Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und ambulante Pflegedienste kamen nicht nur an ihre Belastungsgrenzen (denn an diesen Grenzen arbeiten sie seit Jahren). Nein auch die Mitarbeiter in der ambulanten und stationären Pflege sind total überfordert, sodass überall Helfer gesucht werden.

Aber auch die Ärzte, egal ob ambulant oder stationär, müssen übermenschliche Leistungen erbringen.

Diese Fakten sind nun einmal da, und wie reagiert die Bundesregierung? Man muss die Leistungen besser vergüten, man wird Prämien zahlen usw. Viele schöne Worte, jedoch fehlen die Taten. Viele Pflegekräfte sind aus unterschiedlichen Gründen (weil es zu viel Ausnahmekriterien gibt) jedoch nicht in deren Genuss gekommen.

**Wie ist die gegenwärtige Lage?**

Die Fehler der Bundesregierung liegen jedoch tiefer. Jahrelang wurde den Jugendlichen von der politischen Elite suggeriert, dass sie nur was in ihrem Leben erreichen können, wenn sie Abitur und ein Studium absolvieren. Diesen »Akademisierungswahn« haben wir in dieser Zeitung schon mehrfach kritisiert.

Der Fachkräftemangel betrifft aber nicht nur

die gegenwärtig relevanten Berufe, nein auch in den Berufsgruppen Richter, Polizisten, Bundeswehrsoldaten sowie im Handwerk und der Wirtschaft fehlen Millionen Arbeitskräfte. Und die Regierungspolitiker in Bund und Ländern schauen tatenlos zu. Sie geben keine Antwort auf die Frage, woher die Arbeitskräfte kommen sollen. So lange es jedoch noch genügend Verwaltungskräfte für die Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden gibt, trifft wahrscheinlich der alte Satz »Was schert mich das Elend des anderen?« voll und ganz zu.

**Es muss endlich gehandelt werden!**

Anstatt die Hinweise, beispielsweise der Wirtschaftsinstitute, zu nutzen oder die Schülerausbildung den modernen Erfordernissen anzupassen und praxisbezogene Unterrichtsmethoden einzuführen, hält man an Modellen fest, die schon mehrere Jahrzehnte alt sind.

Auch spielt die Bezahlung der Arbeitskräfte eine nicht unwesentliche Rolle. Wenn eine Kranken- oder Altenpflegerin so wenig verdient, dass sie am Monatsende nicht weiß, wovon sie ihre Miete bezahlen soll, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn sie sich einen Job sucht, in dem sie mehr verdient. Aber auch die Problematik der Kinderbetreuung (die oft nicht identisch mit den Arbeitszeiten ist) verlangt sowohl von den Trägern der Kitas als auch von Arbeitgebern wesentlich mehr Flexibilität.

Auch muss die Familienfreundlichkeit in vielen Unternehmen verbessert werden. Nur dann lässt sich eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie herstellen. Gerade im ländlichen Raum, wo die Anfahrt zur und von der Arbeitsstelle oft zu zusätzlichen Belastungen führt, sind neue Modelle zu entwickeln.

Ein »Weiter so« würde Deutschlands Wirtschaft stark schwächen, und die bisherigen sozialen Errungenschaften könnten wahrscheinlich nicht mehr erhalten werden.

Das dürfen wir nicht zulassen! Wir müssen allen politischen und gesellschaftlichen Druck ausüben, um Veränderungen herbeizuführen. Hierbei ist die Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg beispielgebend.

**Achim Müller**

**Mit Zuversicht, Mut und Haltung in das neue Jahr!**

Fortsetzung von Seite 1

Aber nun steht das Jahr 2021 an, und es wird ein anstrengendes und spannendes werden.

So werden wir in den nächsten Monaten erleben, ob wir gemeinsam die Pandemie in den Griff bekommen. Wir als Partei wollen auf jeden Fall weiter an der Seite der Menschen stehen und Angebote für die schaffen, die die Pandemie besonders hart trifft. So ist zum Beispiel geplant, in den Geschäftsstellen der Partei einen Service zum Ausdrucken von Hausaufgaben anzubieten, und wir wollen einen Fahrservice für ältere Menschen zum Impfzentrum in Kyritz organisieren.

Natürlich vergessen wir auch nicht, dass im September die Wahl zum Deutschen Bundestag ansteht. Hier wollen wir gemeinsam mit unserer Direktkandidatin Anja Mayer einen tollen Wahlkampf hinlegen und für ein bestmögliches Ergebnis streiten. Wir werden den Menschen in OPR auf jeden Fall gute Angebote unterbreiten und um jede Stimme werben. Denn auch in 2021 wird der alte Leitspruch gelten: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.

**Paul Schmudlach**  
Kreisvorsitzender

# Im Schatten einer Pandemie beginnt der Bundestagswahlkampf

Es ist sicher vernünftig, mit dem Wort »historisch« nicht inflationär umzugehen. Dennoch ist es sicher nicht übertrieben, diesem beginnenden Wahljahr, in dem neben Landtagen auch der Bundestag neu gewählt wird, schon jetzt einen besonderen historischen Platz einzuräumen. Nicht nur, aber auch aufgrund der Corona-Pandemie. Zumal noch niemand sicher wissen kann, ob das Licht am Ende des Tunnels durch die Impfstoffe nicht doch der entgegenkommende ICE ist. Aber selbst, wenn es stimmt, dass die Hoffnung zuletzt stirbt, wird die Pandemie in diesem Jahr noch lange und sehr lange Schatten werfen. Das heißt, der Linkspartei steht ein inhaltlich und organisatorisch sehr herausforderndes Jahr bevor.

Schon die Parteivorstandswahlen müssen in einem völlig neuen Format versucht werden, aber auch die Aufstellung der Bundestagskandidierenden in den Wahlkreisen und für die Landesliste findet auf

Neuland statt. Da sich die Pandemiesituation, statt sich zu entspannen, zum Jahreswechsel massiv zugespitzt hat, wird jetzt sogar eine ursprünglich im Herbst 2020 nur für den theoretisch denkbaren Fall neu in das Bundeswahlgesetz eingefügte Regelung gezogen, um virtuelle Aufstellungsversammlungen zu ermöglichen. Ob das auch für Listenaufstellungen gelten soll, ist aktuell unklar. Landesvorstand/-geschäftsstelle arbeiten deshalb zunächst weiter intensiv daran, die im Februar geplante Aufstellungsversammlung unter Einhaltung der Infektionsschutzregeln zu sichern.

Aber auch inhaltlich wird dieses Wahljahr eine Herausforderung. Natürlich sind die sozialen Folgen der Pandemie selbst oder infolge der verweigerten Hilfestellung schon jetzt dramatisch. Und sie könnten eskalieren, wenn die Zeche wieder der Allgemeinheit übergeholfen

wird, statt die von der Pandemie Profitierenden an der Finanzierung zu beteiligen. Deshalb wird hier dringend eine laute und aktive LINKE gebraucht. Aber es bleiben eben auch weitere Themen sehr wichtig. Die Hoffnung bei Beginn der Pandemie, dass die Absurdität des aktuellen marktwirtschaftlichen Systems so deutlich wird, dass sich breiter Widerstand und Unterstützung für linke Politik formiert, hat sich



bisher nur sehr begrenzt erfüllt. Dennoch muss DIE LINKE diesen Widerstand ermutigen und unterstützen, wo immer er sich regt. Gleichzeitig muss sie die Balance wahren zwischen den aktuellen, für viele existenzbedrohlichen Problemen und Themen, die schon vor und auch nach der Pandemie existenziell waren und sind, und zwingend eigene Antworten aufzeigen und auf deren Umsetzung pochen. Beispielsweise der Klimaschutz. Es gibt also sehr viel zu tun, aber gemeinsam schaffen wir das.

*Dr. Kirsten Tackmann  
Mitglied des Bundestages*

## Das ist mehr Chaos als Strategie

Brandenburg ist weiterhin fest im Corona-Griff und belegt mittlerweile einen Spitzenplatz unter den 16 Bundesländern. Groß waren deshalb die Hoffnungen und Erwartungen, die mit der Ankündigung des Impfstarts verbunden waren. Seit dem 27. Dezember 2020 wird nun geimpft. Zuerst, aufgrund der mangelnden Verfügbarkeit des Impfstoffes, sollen Personen ab 80 Jahren und Beschäftigte im Gesundheitswesen geimpft werden.

Dazu verfolgt das Land Brandenburg drei verschiedene Wege:

1. Mobile Impfteams gehen in stationäre Pflegeeinrichtungen und impfen dort Hochbetagte und Beschäftigte.
2. Den Krankenhäusern werden Impfdosen zur Verfügung gestellt, um ihre Mitarbeiter\*innen zu impfen.
3. Die Kassenärztliche Vereinigung schaltet eine Impfhotline, an die sich die über 80-jährigen und Beschäftigte aus den ambulanten Pflegediensten, Arztpraxen und Rettungsdiensten eigenständig wenden können, um in einem Impfzentrum einen Termin zu vereinbaren.

Gerade der letzte Punkt wurde von der linken Landtagsfraktion schon im Vorfeld kritisiert. Unsere Vorschläge lauteten, dass alle Impfberechtigten ein Anschreiben erhalten und über diesen Weg ein Impftermin vereinbart wird. Zum anderen wiesen wir daraufhin, dass bei der Verteilung der geplanten Impfzentren im Land, gerade für die Hochbetagten, geklärt werden muss, wie sie zu den Impfzentren gelangen. Man solle deshalb mit den Kommunen, Fuhrunternehmen und Hilfsdiensten Verträge schließen, um den Transport sicherzustellen.

### Gesundheitsministerin in Erklärungsnot

Sieht man sich nach zwei Wochen den erreichten Stand der Impfungen an, werden die prophezeiten Probleme offensichtlich. Die mobilen Impfteams für die stationären Pflegeeinrichtungen sind viel zu spät gestartet. Es mangelte an Terminvereinbarungen zw. Ministerium und Einrichtungen. Brandenburg belegt den letzten Platz im bundesweiten Vergleich, wenn es um die Impfung in Pflegeheimen geht. Reibungslos verliefen bisher nur die durch die Krankenhäuser selbst organisierten Impfungen der Beschäftigten.

Eine völlige Katastrophe ist die Impfhotline. Die vergebene Nummer 116 117 ist ständig belegt und überlastet. Mehr noch, da diese Nummer auch für den ärztlichen Bereitschaftsdienst genutzt werden soll, erreichen Patient\*innen, die ärztliche Hilfe benötigen, gerade den Bereitschaftsdienst nicht und müssen in ihrer Verzweiflung die Notaufnahmen der Krankenhäuser aufsuchen.

Der Aufbau der Impfzentren ist ebenfalls im Verzug. Erst im Februar soll nun Kyritz als letztes Impfzentrum eröffnet werden. Völlig unverständlich, wenn man sich die Infektionszahlen im Nordwesten Brandenburgs ansieht. Zudem fehlt es nun an Impfstoff, so dass Termine lt. Gesundheitsministerium nur noch sehr begrenzt vergeben werden.

In der Sondersitzung des Landtages am 8. Januar musste die Gesundheitsministerin, Frau Nonnemaker, nun Versäumnisse einräumen. Wie das Chaos aufgelöst werden soll, dazu blieb sie indes Erklärungen schuldig.

*Ronny Kretschmer  
Mitglied des Landtages*

### Kurzmeldungen

#### LINKS bewegt

Als erste Partei in Deutschland starteten wir im Juli 2020 ein Online-Magazin mit journalistischem Anspruch für unsere Mitglieder und alle, die sich für unsere Politik interessieren.

DIE LINKE geht mit diesem Blog von und für Mitglieder einen neuen Weg in der Mitgliederkommunikation: Online sind wir aktueller und flexibler als ein gedrucktes Magazin. Wir sind da, wo unsere Mitglieder auch heute schon sind: im Netz.

Wir stellen Menschen vor, die vor Ort für DIE LINKE aktiv sind. Wir berichten über Aktionen, recherchieren politische Themen und geben Tipps. Zum Beispiel, wie man rechten Parolen Paroli bietet, linke Kommunalpolitik stark macht oder gemeinsam eine Aktion macht. Hier ist auch der Ort für gemeinsame Debatten - solidarisch, wenn es sein muss, auch kontrovers. Dazu gibt es Buch- und Filmkritiken, ein Online-Quiz sowie linke Popkultur und Veranstaltungshinweise.

»Links bewegt« ist unser digitales Magazin - nicht nur für Mitglieder.

-> [www.linksbewegt.de](http://www.linksbewegt.de)  
(Aus einem Mitgliederbrief des Bundesgeschäftsführers)

## Neues aus den Kommunen

**Wohnen darf kein Luxus sein!  
Auch nicht in Neuruppin.**

In der letzten Stadtverordnetenversammlung des vergangenen Jahres wurden Studenten der Medizinischen Hochschule mit einem Problem vorstellig. Sie erläuterten dem Baudezernenten Arne Krohn sowie den Stadtverordneten, dass es für viele von ihnen sehr schwierig war - und auch immer noch ist - passenden Wohnraum in der Fontanestadt zu finden. Herr Krohn hörte sich das Problem an und bot den anwesenden Studierenden an, sich im neuen Jahr noch einmal mit ihnen zusammzusetzen, um das Problem zu erläutern und gegebenenfalls an Lösungen zu arbeiten.



Auch für die Linksfraktion in Neuruppin ist das Thema Wohnen nicht erst in dieser Legislatur ein Thema. Schon in der vorherigen wurde auf unser Wirken hin eine Wohnraumstudie in Auftrag gegeben, die das Licht, aber auch die Schattenseiten des Neuruppiner Wohnungsmarktes aufzeigt.

DIE LINKE in Neuruppin hat schon oft angemaht, dass es gerade für junge Familien und Menschen mit geringen Einkommen in Neuruppin immer schwerer werden würde, sich sesshaft zu machen oder bezahlbaren Wohnraum zur Miete zu finden.

Unsere Fraktion wird die Gespräche zwischen Herrn Krohn und den Studis interessiert verfolgen. Sollte es zu keinem Ergebnis kommen, mit dem allen Seiten zufrieden sind, gibt es auch noch einige Anträge, die im Schreibtisch darauf warten, ausgepackt zu werden.

Auch für den neuen Bürgermeister Nico Ruhle (SPD), der das Thema Wohnen zu einem zentralen Thema in seinem Wahlkampf erklärt hatte, wird das eine der ersten großen Bewährungsproben werden. DIE LINKE bietet ihm auf jeden Fall ihre Hilfe an und ist für Gespräche offen.

Denn für uns steht fest, egal ob in Berlin oder Neuruppin, wohnen darf kein Luxus sein!

**Paul Schmudlach**  
Fraktionsvorsitzender

**Kniefall des Kreistages**

Alle Jahre wieder spielt sich im Kreistag OPR das gleiche Schauspiel nach dem Motto »the same procedure as every year« ab: Der Landrat und der Kreiskämmerer wollen den eingebrachten Haushalt für das Folgejahr ohne größere Zwischenheräusche durch den Kreistag bestätigt kommen. Im Vorfeld gibt es Einwendungen von Städten, Gemeinden und Ämtern, die letztlich die Höhe der Kreisumlage kritisieren. Gestritten wird dann durch die Fraktionen sehr viel über Prozente. Inhaltlich diskutiert wird wenig bis gar nicht. Am Ende packen Landrat und Kämmerer dann - wie immer - den ganz großen Hammer in Form einer Nötigung nach dem Motto »Wenn der Haushalt nicht beschlossen wird, geht ab 1.1. gar nichts mehr.« aus. Die SPD findet das dann - wie immer - logisch, angemessen und alternativlos, was es aber nicht ist.

Auch am 3. Dezember 2020 wiederholte sich dieses überaus seltsame »Schauspiel« so, aber überraschend lehnte eine Mehrheit des Kreistages das Ansinnen von Landrat und Kämmerer im ersten Versuch ab, indem die Einwendungen der Kommunen bestätigt wurden. Der Landrat - zu keinerlei Kompromiss bereit oder in der Lage - zog daraufhin die Haushaltsvorlage zurück.

Eine Sondersitzung war letztlich notwendig, die dann aber doch das gewünschte Ergebnis für die Kreisspitze brachte. Im Vorfeld war die CDU nach sehr kleinen Zugeständnissen der Kreis-

verwaltung im Ältestenrat in der Sache eingeknickt. Die Mehrheit des Kreistages für den Kniefall stand, und der Beschluss wurde einschließlich der unveränderten Höhe der Kreisumlage von 41 % gefasst. Traurig, aber wahr.

Fakt ist, dass die nun beschlossene Kreisumlage vom absoluten Euro-Betrag die höchste seit Bestehen des Landkreises OPR ist. Für das Jahr 2021 werden das 51,2 Millionen Euro, die die Kommunen in Richtung Neuruppin zu überweisen haben. Im Jahr 2016 waren es 45,3 Millionen Euro, im Jahr 2006 gar nur 30,9 Millionen Euro. Rechtlich gesehen ist die Kreisumlage als »Fehlbedarfsdeckungsabgabe« konzipiert. Das heißt, dass völlig unabhängig von der Entwicklung der Einnahmen der Städte, Gemeinden und Ämter der Landkreis seinen Fehlbedarf berechnen muss. Das tut er aber nicht, sondern ruft je nach Situation entweder höhere Prozentsätze oder höhere Beträge auf.

Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit der eigenen Haushaltsführung spielen offensichtlich bei der Aufstellung des Kreishaushaltes nur eine untergeordnete Rolle. Die Interessen und Probleme der Kommunen werden ignoriert. Hinweise und Argumente sind regelmäßig aus Sicht der Kreisverwaltung meistens nicht zutreffend, werden als falsch oder unzulässig abgetan. So funktioniert Zusammenarbeit und gemeinsame Verantwortung aus meiner Sicht nicht.

**Holger Kippenhahn, Kyritz**

**Verjüngung  
an der Spitze  
der Linken-  
fraktion im  
Ostprignitz-  
Ruppiner  
Kreistag**

Die Fraktion hat Ronny Kretschmer (links) auf seine Bitte hin von der Funktion als Vorsitzender der Kreistagsfraktion entbunden. Ronny möchte sich noch intensiver in die Landespolitik einbringen. Dabei wünschen wir ihm bestes Gelingen und einen langen Atem! Als finanz- und gesundheitspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion steht er gerade in der gegenwärtigen Pandemiesituation vor großen Herausforderungen.

Seit dem 1. Januar 2021 ist Justin König neuer Fraktionsvorsitzender. Justin dankte Ronny Kretschmer ausdrücklich für die bisher geleistete Arbeit. Auch der Kreisverband dankt Ronny für die engagierte Fraktionsarbeit im Kreistag OPR.

Die Mitglieder des Kreisverbandes DIE LINKE. OPR wünschen Justin König in seiner Funktion als Fraktionsvorsitzender der Kreistagsfraktion viel Erfolg, Kraft und Durchsetzungsvermögen, um die gegenwärtigen und noch bevorstehenden Probleme im Sinne und zum Wohle der Bürger unseres Landkreises zu bewältigen. Gerade in der heutigen Situation, wo sich die Kreisverwaltung stur weigert, angemessene Lösungen zur Bewältigung der Pandemieprobleme anzugehen, zeigt sich die Notwendigkeit linker Politik.

*Also lieber Justin: Viel Erfolg in deiner weiteren politischen Arbeit!*

**Achim Müller**

# Anja Mayer ist eine, die anpackt

Unser Redaktionsmitglied Hans Schaefer hat bei unserer Bundestagskandidatin für den Wahlkreis 56 nachgefragt.

Es ist Sonntag, 13 Uhr. Anja Mayer, Landesvorsitzende der LINKEN, macht sich auf zu ihrer Schicht in der Notaufnahme eines Potsdamer Krankenhauses. Wie bereits in der ersten Welle der Corona-Pandemie hilft sie aus. Als gelernte Arzthelferin, die zehn Jahre Erfahrung im Rettungsdienst hat, da sie ihre Ausbildung bei einem Notarzt gemacht hat, wird sie gerade gebraucht. Brandenburg hat aktuell den dritthöchsten Inzidenzwert in ganz



Deutschland. Die Krankenhäuser sind voll, immer mehr Betten sind mit Corona-Patienten belegt. Die Zahl der Patienten auf den Intensivstationen wächst, auch die Anzahl derjenigen, die beatmet werden müssen – und wir sind noch nicht über den Berg. Unser Gesundheitssystem gerät an seine Grenzen. Daher braucht es momentan Freiwillige zur Unterstützung. Anja Mayer ist eine von ihnen. Sie freut sich über die Solidarität der Vielen – bei der Einkaufshilfe, in den Kliniken und in sozialen Einrichtungen. »Es ist schön, zu sehen, dass unsere Gesellschaft auch zusammenhält! Vielen Dank an alle, die sich engagieren!«, sagte sie.

Angesprochen auf die Arbeit in der Klinik, erzählt sie: »Am meisten freue ich mich zu sehen, mit welchem Elan und Einsatz sich meine Kolleginnen und Kollegen jeden Tag und jede Nacht aufs Neue um jeden Einzelnen kümmern. Dabei ein freundliches Wort auf den Lippen, ein Augenzwinkern über der Maske – auch untereinander. Obwohl die vielen Schichten zehren. Obwohl immer wieder Kolleginnen und Kollegen ausfallen, weil sie sich infiziert haben und eingesprungen wird. Obwohl es da auch die Angst gibt, sich selbst, die Familie oder die Kolleginnen und Kollegen anzustecken.«

Dennoch enttäuscht sie, dass ent-

gegen der vollmundigen Ankündigungen und Versprechungen der Politik, bei weitem nicht allen Beschäftigten im Gesundheitswesen Prämien ausgezahlt wurden. Dieselben medizinischen Beschäftigten, die noch in der ersten Welle beklatscht wurden und die gerade für uns alle tagtäglich die Pandemie bekämpfen! Auch wurden die Sommermonate nicht ausreichend genutzt, um sich organisatorisch auf die zweite Welle vorzubereiten. Dies kann man unter anderem am zögerlichen Impfstart erkennen und daran, dass nach wie vor viel abgewartet wird und dann auf akute Situationen spontan reagiert wird.



»Jetzt ist es mir einfach wichtig, zu helfen, das ist gerade eine Notsituation – nicht nur die Kliniken, auch die Beschäftigten sind aktuell an der Belastungsgrenze, an einigen Orten schon darüber hinaus. Aber wir sehen gerade auch, wie unter dem Brennglas: Unser Gesundheitssystem ist krank und gehört grundsätzlich verändert! Die Beschäftigten müssen vernünftig bezahlt werden und aus dem Klinikalltag muss der wirtschaftliche Druck und der Zeitdruck genommen werden. Unser Gesundheitswesen gehört in die öffentliche Hand, denn die Absicht, Gewinne zu erzielen, hat dort nichts verloren!«, sagte Anja Mayer, bevor sie sich wieder auf den Weg macht. Ein weiterer Tag zwischen Landesvorsitz und Notaufnahme wartet auf sie.

Liebe Anja, wir bedanken uns ganz herzlich für das interessante Gespräch und bleiben für unsere Leser weiter am Ball.

»Wir haben nicht falsch gehandelt. Wir haben nur zu wenig gemacht.«  
Winfried Kretschmann (Grüne), Ministerpräsident von Baden-Württemberg, über die Corona-Politik von Bund und Ländern am 13.12.2020 im ZDF

»..., wir wollen einen Runden Tisch gegen den Pflegenotstand initiieren, das muss sofort gemacht werden...«  
Ursula Nonnemacher (Grüne), Gesundheitsministerin in Brandenburg, am 20.08.2019 in der rbb-Wahlarena

»Dem neuen Parteivorsitzenden Armin Laschet habe ich angeboten, in die jetzige Bundesregierung einzutreten und das Bundeswirtschaftsministerium zu übernehmen.«  
Friedrich Merz (CDU), am 16.01.2021 via Twitter

## Kurzmeldungen

### Roter Laden Rheinsberg

Im November stand ich mit meinem LINKEN-Bus an einer Rheinsberger Ampelkreuzung und schaute so ganz unmotiviert nach links, da hing an der Fahrschule ein kleiner Zettel: »Ab 1. 1. 2021 zu vermieten«. Erst war es nur so eine fixe Idee, 'ne politische Fahrschule »Links vor rechts«, dann verfestigte sie sich.

Die Basisorganisation begeistern, den Kreisvorstand überzeugen, Spenden sammeln – und seit dem 1. Januar hat der Regionalverband Rheinsberg-Lindow das Ladengeschäft angemietet. Wir renovieren es zur Zeit, um ab Mitte Februar ein »Fachgeschäft für Demokratie« auf der Rheinsberger Schlossstraße betreiben zu können. Wegen Corona und den damit verbundenen Beschränkungen können wir zwar leider noch keinen Eröffnungstermin für unsere neue Geschäftsstelle benennen, aber wir werden dann über die Mailverteiler des Kreisverbandes rechtzeitig informieren.

Ein neues Parteilokal als Treffpunkt, Info- und Wahlkampfzentrale. Sprechstunden der Landes- und Bundestagsabgeordneten und natürlich unserer Stadtverordnetenfraktion werden hier stattfinden. Es wird ein Kulturraum, politische Bibliothek, Büro, Film- und Spielzimmer, ein schöne Dinge Laden der kleinen Genüsse. Auch »Trinken mit den LINKEN« werden wir hier veranstalten. Auf dass DIE LINKE auch in Rheinsberg gut sichtbar und besser ansprechbar wird. Wir freuen uns, euch bald in unserem Roten Laden begrüßen zu können.

Freke Over, Luhme

### Digitales Wahlaktiv mit Anja Mayer

Neben der Bekämpfung des Virus steht auch die Bundestagswahl vor der Tür. Mit einigen Aktiven hat sich DIE LINKE. OPR entschlossen, die Tradition eines Wahlaktives im Wahlkreis 56 fortzuführen, um möglichst viele Interessierte direkt einbeziehen zu können. Zu einer weiteren Verständigung zu organisatorischen und inhaltlichen Fragen möchten wir Sie herzlich zum offenen Wahlaktiv am **03. Februar um 18 Uhr** einladen. Die Zugangsdaten zur Videokonferenz können Sie unter [kv@dielinke-opr.de](mailto:kv@dielinke-opr.de) erfragen.

»Ja, das haben die wirklich so gesagt...«

## Der Zusammenhang von ökonomischem Wirtschaftswachstum und ökologischer Destabilisierung im Kapitalismus (Zweiter Teil)

In der letzten Ausgabe war die Rede vom ressourcenintensiven Wirtschaftswachstum, das einerseits Wirtschaftskrisen und gesellschaftliche Spaltungen im Kapitalismus verhindern soll und andererseits die Zerstörung der Umwelt und unserer Lebensgrundlagen vorantreibt und deshalb die Wachstums-



**Ines Nowack meint:**

dynamik modernerer Gesellschaften nicht mehr stabilisierend wirkt, sondern selbst zum

Krisentreiber geworden ist. In der jetzigen Ausgabe beschäftigen wir uns damit, wie die ökonomisch-ökologische Zangenkrise die Demokratie in Europa beeinflusst und welche Aufgaben sich daraus für die linke Bewegung ergeben.

### Stehen Kapitalismus und Demokratie in einem Spannungsverhältnis?

Der Sozialphilosoph Robin Celikates stellt fest, dass demokratische Verfahren, »auf die wir uns verlassen haben, nicht mehr so gut funktionieren« und dass die »Akzeptanz von Pluralität, Toleranz, wechselseitige Anerkennung« nicht mehr selbstverständlich unterstellt werden könnte. Er sieht ein »Widerspruchsverhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie«, glaubt aber nicht, »dass man die Komplexität der Krise der Demokratie nur mit Bezug auf die Entwicklung des Kapitalismus erklären kann«. Der Jenaer Wirtschaftssoziologe Klaus Dörre vertritt die Ansicht, dass die Krise im kapitalistischen Wirtschaftssystem begründet liegt. Dies lasse in ökonomischen Zusammenhängen immer weniger

Platz für demokratische Strukturen, weshalb demokratische Staatssysteme Gefahr liefen, dem Wirtschaftssystem zum Opfer zu fallen. Hinzu komme, dass die soziale Spaltung der Gesellschaft in der Politik unzureichend repräsentiert werde. Demokratien könnten auf Dauer nur bestehen, wenn gesellschaftliche Mitbestimmung auch auf Gebiete ausgedehnt würde, die davon bislang ausgeschlossen waren. Doch dazu müssten kapitalistische Eigentumsverhältnisse in Frage gestellt werden. Die New Yorker Philosophie- und Politikprofessorin Fraser argumentiert, dass das auf Wirtschaftswachstum angelegte neoliberale, kapitalistische System auf politische Institutionen

und Strukturen angewiesen sei, es untergrabe und schwäche sie jedoch durch ökonomische Einflussnahme. Da die Produktion zunehmend privatisiert werde, habe der Staat immer weniger Möglichkeiten, die Wirtschaft zu organisieren. Rechtspopulistische Strömungen, die sich oft gegen die Eliten richten, sind für Fraser ein Symptom dafür, dass Bürger mit dem »neoliberalen System« und seinen Parteien, von denen sie sich nicht mehr vertreten fühlen, abschließen möchten. Lessenich, Soziologieprofessor an der LMU München, vertritt die Ansicht, dass die Demokratie den Anspruch vertrete, alle Bürger als grundsätzlich gleichberechtigt anzuerkennen, in der täglichen Praxis beschränkt sie sich jedoch immer mehr auf den Aspekt der sozialen Teilhabe. Demgegenüber kritisiert der Soziologe Ingolfur Blühdorn die Forderung, die Demokratie zu demokratisieren, als jahrzehntealte »Endlosschleife« und nicht zuletzt macht Hartmut Rosa, Soziologieprofessor in Jena, eine »Resonanzkrise« in demokratischen Gesellschaften aus. Aus seiner Sicht versprechen demokratische Systeme dem

Individuum zwar, eine Stimme zu besitzen, die es hörbar machen und in den politisch-gesellschaftlichen Prozess einbringen kann. Doch das dafür notwendige Zuhören und Antworten funktioniere nicht mehr, was zur Entfremdung innerhalb der Gesellschaft führe.

### Wie kann eine nachhaltige Wirtschaft mit mehr demokratischen Rechten aussehen?

Die zu ziehende Schlussfolgerung ist hier, dass weniger eine Krise der Demokratie als vielmehr eine des kapitalistischen Wirtschaftssystems vorliege, ergo, dass es notwendig ist, die Demokratie auszuweiten, um sie zu erhalten. Da das Bemühen um wirtschaftliche Stabilität in ökologische und soziale Destabilisierung mündet, gilt das Dilemma nicht nur für die demokratischen Gesellschaften, sondern auch für die Eliten, für die es immer schwieriger wird, ihr politisches Handeln zu legitimieren. Die Frage, ob es unter den Bedingungen der ökonomisch-ökologischen Zangenkrise, wo die Entscheidungen großer Unternehmen Überlebensinteressen der Menschheit tangieren, noch angemessen ist, dass diese Entscheidungen von Wirtschaftseliten getroffen werden, oder ob wir nicht die tatsächlich betroffenen Gruppen stärker in den politischen Entscheidungsprozess einbinden und wirksam integrieren müssen, rückt immer stärker in den Vordergrund.

### Mehrheiten finden für eine andere Gesellschaft

Wie aber sollen sich für derart umfassende Veränderungen des politischen Systems Mehrheiten finden? Aufgabe linker Politik ist es, den Menschen ihre Produktionsmacht überhaupt vor Augen zu führen und den Zweck der kapitalistischen Wirtschaftsweise ins Bewusstsein zu rücken. Daneben gibt es die Notwendigkeit der Politisierung gewerkschaftlicher

Arbeit, weil der Rechtspopulismus versucht, Antworten auf die Fragen zu finden, die Lohnarbeiter in der aktuellen Situation eines »gesellschaftlichen Umbruchs« stellen. Auch diese Entwicklung basiert auf der Grundlage der ökonomisch-ökologischen Zangenkrise: Das Wirtschaftswachstum schwächt, die Verteilungskämpfe werden härter, weiteres Wachstum jedoch ist unausweichlich mit ökologischen Folgeschäden verbunden.

Wirksam sind hier insbesondere soziale Bewegungen, die Ideen für eine demokratisch-ökologische Transformation aufgreifen und in die Gesellschaft hineintragen. Eine Bewegung, die aus der Mitte der Gesellschaft Druck aufbauen und Mehrheiten generieren könnte, ist »Fridays for Future«.

**Ines Nowack**  
Stellv. Kreisvorsitzende



Hanna Ketterer, Karina Becker (Hrsg.): **Was stimmt nicht mit der Demokratie?** Suhrkamp Verlag (Berlin) 2019. 271 Seiten.

ISBN 978-3-518-29862-6.

Das Buch stellt verschiedene Varianten einer ökonomisch orientierten Kritik an den politischen Folgen des Neoliberalismus vor, die erklären, warum die repräsentative Demokratie sich immer mehr einer Form der »marktangepassten Demokratie« oder »Postdemokratie« (Colin Crouch) annähert. Der Kapitalismus in seiner bisherigen Gestalt soll durch eine radikale Reform in eine umfassende Wirtschaftsdemokratie verwandelt werden.

## Deren Versagen betrifft uns alle

Als die Meldung von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) kam, dass der Corona-Impfstoff für alle Deutschen (und ganz Europa gleich mit) bestellt sei, ging ein Aufatmen durch die Bevölkerung. Heute, wo die Zulassung des Impfstoffes erfolgt ist, kommt die Ernüchterung. Offensichtlich hat Spahn damals zu hoch gekokert bzw. hat seine Kompetenzen an die EU abgegeben.

Nun stehen wir vor einem Debakel. Der bestellte Impfstoff reicht weder »hinten noch vorn«. Die Schuld dafür schieben sich Regierungspolitiker von CDU und SPD gegenseitig zu.

Die Länder haben auf Weisung von Spahn Impfzentren eingerichtet, ohne zu sagen, wie diese für alle (vor allem im ländlichen Raum) erreichbar sind.

Auch bei der Impfstrategie macht jedes Bundesland, was es will. Die Vorgaben des Gesundheitsministers werden lediglich als Orientierung betrachtet. Es besteht ein Gewirr von Strategien. SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil spricht gar von »zum Teil chaotischen Zuständen.« Einmal sollen zuerst die über 80-jährigen Altenheimbewohner und ihre Pflegekräfte geimpft werden, das andere Mal zuerst die Ärzte und Fachpflegekräfte auf den Corona-Stationen. Dann gibt es aber auch Politiker wie die Brandenburger Landtagspräsidentin, Ulrike Liedtke (SPD), die einen Vorrang für Politiker fordert.

### Verantwortung der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat bei der Impfstoffversorgung total versagt. Diese Einschätzung trifft nicht nur die Opposition, nein, auch die mitregierende SPD erhebt schwere Vorwürfe gegen Spahn und Merkel. Der SPD-Generalsekretär fordert von Merkel und Spahn eine Antwort auf die Frage, warum Deutschland, nachdem klar war, dass die EU-Zuteilung nicht ausreichte, nicht bilateral Impfstoff nachgekauft habe. Und er betont, dass der Lockdown jede Woche Milliarden kostet und er lieber das Geld für Impfstoffe eingesetzt sieht.

Aber auch Mitglieder des wichtigsten Beratergremiums von Frau Merkel in der Pandemie, der Leopoldina, wie z.B. Prof. Radbruch, greifen die Kanzlerin an. Er vermutet, dass es ein Plan der Regierung sei, die Impfung für alle erst kurz vor der Bundestagswahl zu ermöglichen. Die Neurologin Frauke Zipp, auch Mitglied der Leopoldina, sagt zur Impfstoffversorgung, dass sie »die derzeitige Situation für grobes Versagen« hält. Das Leopoldina-Mitglied Prof. Lars Feld, Chef der Wirtschaftsweisen, kritisiert die Länder, da sie während und zwischen den Feiertagen die Impfkativitäten reduziert hatten. Er kommt zu dem Schluss: Andere Länder können »das offensichtlich besser als wir organisieren«.

### Kenia sorgt für Chaos in Brandenburg

Als am 15.12. 2020 die Brandenburger Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) im RBB ihre Impfstrategie/Modalitäten vorstellte, stellte sich für uns persönlich die Frage, wie weltfremd diese Ministerin sei. Aus diesem Grunde

haben wir sie am 16. Dezember angeschrieben und ihr unsere diesbezüglichen Bedenken mitgeteilt. Wir verwiesen auf folgende Problematiken:

1. Wenn sie es ablehnen, die zu impfenden Risikopatienten zur Impfung einzuladen, kann der Eindruck entstehen, dass die Impfung wahrscheinlich gar nicht so wichtig ist. Somit werden die Impfskeptiker in ihrer Haltung bestärkt.
2. Wenn sich die Patienten selbst über die Tel.-Nr. des ärztlichen Hausbesuchsdienstes einen Termin besorgen müssen, bestehen folgende Probleme:

- viele Ältere sind gar nicht mehr dazu in der Lage,
  - die betreuenden Pflegedienste können das auch nicht realisieren, da die Pflegekräfte so schon an der Belastungsgrenze arbeiten und
  - wenn nach dem Anruf, bei dem dann bestimmt überlasteten Nummer, laufend besetzt ist oder vermittelt werden muss, legen viele Menschen wieder auf.
- Natürlich erhielten wir darauf bisher keine Antwort.

### Landkreis Ostprignitz-Ruppin

Nun hat die Kreisverwaltung beschlossen, das Impfzentrum in Kyritz einzurichten. Daraus ergeben sich eine Reihe von Fragen:

1. Wie sollen die älteren Menschen, die ambulant betreut werden, nach Kyritz kommen?
  - ÖPNV kommt für viele nicht in Frage.
  - a) wegen der Ansteckungsgefahr
  - b) wegen gesundheitlicher Beeinträchtigungen
  - c) wegen der Taktzeiten der Busse
2. Wenn pflegebedürftige, ambulant versorgte Menschen zum Impfen fahren, wer betreut sie?
  - erhält der Pflegedienst (soweit er das personell überhaupt leisten kann) dafür eine Vergütung?
  - was ist mit gehbehinderten Menschen?
3. Aber auch die mit dem Betreiben des Impfzentrums beauftragten Hilfsdienste wie DRK, ASB usw. haben Probleme, sie suchen dringend Hilfskräfte für den Betrieb.

### Vorschläge blieben unberücksichtigt

Bereits nach Vorstellung der Nonnemacher-Strategien hat der Sprecher für Gesundheitspolitik, Ronny Kretschmer (DIE LINKE), vor dem Landtag massiv Kritik daran geübt und die Landesregierung und deren tragende Parteien auf die vorhersehbaren Probleme hingewiesen. Wie in Brandenburg üblich, wurde jedwede linke Kritik massiv zurückgewiesen, ohne jedoch die Argumente zu entkräften.

Jetzt, gut einen halben Monat später, zeigt sich, wie berechtigt unsere Kritik war. Am 4. Januar diesen Jahres hat Ronny Kretschmer zur gegenwärtigen Brandenburger Impfstrategie, die diesen Namen nicht verdient, eine Erklärung abgegeben. Darin zeigt er anschaulich auf, wo die Fehler und Probleme in Brandenburg liegen. Auch verweist er auf Beispiele anderer Bundesländer, die eine wesentlich bessere Impfstrategie haben.

Achim Müller

## Kurzmeldungen

### Wahlen gewinnen mit LINKS



Seit dem 12. Januar ist jeder Dienstag ein *Super Dienstag*. Mal vormittags, mal abends werden Online-Workshops mit kompetenten Partnern angeboten. Es wurde ein vielfältiges Programm mit digitalen Häppchen zusammengestellt, aus dem sich jeder nach Vorliebe und Interesse bedienen kann. Immer geht es um praktischen Wahlkampf, aber jedes Mal zu einem anderen Thema, mit einem anderen Fokus und anderen Kniffs aus der Methodenkiste. So lernt man unterschiedliche Facetten eines erfolgreichen Wahlkampfes kennen und kann das Erlernte anschließend ausprobieren. Die Termine stehen schon fest.

### Anmeldungen und eine Übersicht der Online-Veranstaltungen unter:

<https://www.die-linke.de/super-tuesday>

Gemeinsam mit anderen teilnehmen – online kein Problem!

### Im Deutschen Bundestag

»Dieses ganze neoliberale Gequatsche geht mir ziemlich auf die Nerven: Jedes Krankenhaus muss sich rechnen. Ne, ein Krankenhaus muss für Gesundheit sorgen. Wir müssen auch mal wieder andere Maßstäbe setzen.«

Gregor Gysi, Dezember 2020

### Unser Konto für Spenden & Einzahlungen

DIE LINKE. OPR  
IBAN: DE47 1606 1938  
0001 6323 61

BIC: GENODEF1NPP

Raiffeisenbank  
Ostprignitz-Ruppin eG

Verwendungszweck:  
Spende Märkische Linke

Bitte geben Sie Namen und Adresse an. Ihre Daten behandeln wir vertraulich.

# Auszeichnung UN-Dekade biologische Vielfalt



Der Landschaftspflegeverband (LPV) Prignitz-Ruppiner Land wurde Anfang Dezember 2020 mit dem Qualitätssiegel »UN-Dekade Projekt 2020 Biologische Vielfalt« ausgezeichnet.

Hintergrund ist ein kontinuierlicher Rückgang an Biodiversität in fast allen Ländern der Erde. Die Vereinten Nationen haben die Jahre 2011 bis 2020 zur UN-Dekade für die biologische Vielfalt erklärt. Die Staatengemeinschaft ruft damit die Weltöffentlichkeit auf, sich für die biologische Vielfalt einzusetzen. Die Jury würdigt mit diesem Qualitätssiegel das vorbildliche Engagement zum Thema »Erhalt der biologischen Vielfalt«.

Der LPV Prignitz-Ruppiner Land hatte sich mit dem Projekt »Land schafft Wandel« um eine Auszeichnung beworben. Dieses setzt sich unter anderem für eine naturnähere Landbewirtschaftung in sensiblen Gebieten unseres Landkreises ein. Ein Beispiel ist das Gebiet rund um den Kalksee in Binenwalde. Dort wird versucht, die konventionell bewirtschafteten Ackerflächen überbetrieblich zu extensivieren. Dazu gehört die Umstellung zum Ökolandbau, die Anlage von Blühflächen

oder das Angebot, Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes auf Ackerflächen umzusetzen. Wo bisher Mais angebaut wurde, wächst nun z.B. Öl-Leinen im biologischen Anbau. Das hat mehrere Vorteile. Im Maisacker wurden die meisten »Unkräuter« mit chemischen Mitteln unterdrückt. Der geerntete Mais wurde zu Silage verarbeitet. Der Ackerboden lag offen und frei, anfällig für Erosion und wertlos für die Lebewesen rund um den Kalksee. Im Ölleinensfeld dagegen wachsen neben der eigentlichen Feldfrucht weitere Ackerkräuter, wie Klatschmohn, Kornblume und Feld-Rittersporn. Seltene Ackerwildkräuter wie z.B. Lämmersalat oder das Ferkelkraut werden sogar eigens nachgezüchtet. Diese Pflanzen bieten wieder Lebensraum und Nahrung für Insekten und damit auch für Vögel. Das fördert die biologische Vielfalt.

Brandenburgs Umweltstaatssekretärin Silvia Bender würdigte mit einer Video-Botschaft die Auszeichnung als »UN-Dekade Projekt 2020 Biologische Vielfalt« und begrüßt das lokale Engagement des Landschaftspflegeverbandes in einem weltumspannenden Bündnis.

*Andreas Bergmann*

## Termine (Aktualisierungen auf [www.dielinke-opr.de](http://www.dielinke-opr.de) beachten)

Mittwoch 27.01.2021	<b>Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus</b> An den bekannten Plätzen unter Beachtung der Hygieneregeln.
Donnerstag, 04.02.2021	<b>Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen</b> 19.00 Uhr, Videokonferenz, Zugangsdaten bitte unter <a href="mailto:kv@dielinke-opr.de">kv@dielinke-opr.de</a> erfragen
Montag, 08.02.2021	<b>Beratung des geschäftsführenden Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR</b> 16.00 Uhr, Videokonferenz
Mittwoch, 17.02.2021	<b>Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin</b> 19.00 Uhr, Videokonferenz, Zugangsdaten bitte unter <a href="mailto:kv@dielinke-opr.de">kv@dielinke-opr.de</a> erfragen
Montag, 22.02.2021	<b>Beratung des RV DIE LINKE. Rheinsberg-Lindow</b> 18.00 Uhr, Videokonferenz, Zugangsdaten bitte unter <a href="mailto:rbg-ldw@dielinke-opr.de">rbg-ldw@dielinke-opr.de</a> erfragen

**Bildrechte:** (1) Christian Richter (2) + (3) DIE LINKE. Brandenburg (4) AdobeStock 109153350 (5) DIE LINKE. Sachsen (6) Justin König (7) Hanna Thormann (8) Anja Mayer (9) Ben Gross (10) Justin König (11) Suhrkamp Verlag (12) DIE LINKE (13) Landschaftspflegeverband Prignitz-Ruppiner Land e.V.

**DIE LINKE.**

**Sozial und gerecht  
durch die Krise**

### Kontakte

**DR. KIRSTEN TACKMANN**

Bundestagsabgeordnete, agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«  
Tel: 030 22774309 Fax: 030 22776308  
Funk: 0173 3804592  
[www.kirsten-tackmann.de](http://www.kirsten-tackmann.de)

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Straße 1, Kyritz  
Wahlkreismitarbeiter **JUSTIN KÖNIG**  
Tel: 033971 32857 Fax: 033971 32893  
E-Mail: [koenig@kirsten-tackmann.de](mailto:koenig@kirsten-tackmann.de)  
Sprechzeiten: Mo. u. Di. 9.30 - 14.30 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin  
Wahlkreismitarbeiter **PAUL SCHMUDLACH**  
Tel.: 03391 2383  
E-Mail: [schmudlach@kirsten-tackmann.de](mailto:schmudlach@kirsten-tackmann.de)  
Sprechzeiten: Mo. - Do. 10.00 - 16.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Burgstraße 27, Wittstock  
Wahlkreismitarbeiter **CHRISTIAN RICHTER**  
Tel: 03394 4018699  
E-Mail: [richter@kirsten-tackmann.de](mailto:richter@kirsten-tackmann.de)  
Sprechzeiten:  
Di. u. Do. 10.00 - 12.00 Uhr  
Do. 16.00 - 18.00 Uhr

**RONNY KRETSCHMER**

Landtagsabgeordneter, Sprecher für Haushalts- und Finanzpolitik sowie Gesundheits- und Pflegepolitik  
Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin  
Wahlkreismitarbeiterin **JENNY SALZWEDEL**  
Tel: 03391 5123477  
E-Mail: [ronny.kretschmer@linksfraktion-brandenburg.de](mailto:ronny.kretschmer@linksfraktion-brandenburg.de)  
Sprechzeiten: Di. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

**DIE LINKE. OSTPRIGNITZ-RUPPIN**

Kreisgeschäftsstelle Neuruppin  
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin  
Tel: 03391 655420  
Fax: 03391 655422  
[www.dielinke-opr.de](http://www.dielinke-opr.de)  
E-Mail: [kv@dielinke-opr.de](mailto:kv@dielinke-opr.de)  
Sprechzeiten: Di. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr  
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **JUSTIN KÖNIG**  
Termine nach Absprache

Kreisschatzmeisterin **KERSTIN BRENDLER**  
1. Freitag im Monat: 15:30 - 17:30 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz  
Wilsnacker Str. 1, 16866 Kyritz  
Tel: 033971 72086  
Fax: 033971 32893  
E-Mail: [bock@dielinke-opr.de](mailto:bock@dielinke-opr.de)  
Sprechzeiten: Do. 10.00 - 11.30 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock  
Burgstraße 27, 16909 Wittstock  
Tel: 03394 4002971  
E-Mail: [wittstock@dielinke-opr.de](mailto:wittstock@dielinke-opr.de)  
Sprechzeiten:  
Di. u. Do. 09.00 - 12.00 Uhr

**Herausgeber: DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin**  
Kreisvorstand, Schinkelstraße 13, 16816 Neuruppin

V.i.S.d.P. Paul Schmudlach, E-Mail: [redaktionml@dielinke-opr.de](mailto:redaktionml@dielinke-opr.de)  
Leitender Redakteur: Justin König, Redaktion: Hans-Joachim Müller,  
Ines Nowack, Hans Schaefer, Jürgen Schubert.

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers beziehungsweise der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 19.03.2021**  
**Erscheinungsdatum: 01.04.2021**